

Erbschein Erbscheinsverfahren Europäisches Nachlasszeugnis

von

Prof. Dr. Walter Zimmermann

Honorarprofessor an der Universität Regensburg
Vizepräsident des Landgerichts a.D.

3., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

[ESV.info/978 3 503 16550 6](http://ESV.info/978%203%20503%2016550%206)

1. Auflage 2004

2. Auflage 2008

3. Auflage 2016

Die Voraufgaben erschienen unter dem Titel
„Erbschein und Erbscheinsverfahren“

Gedrucktes Werk: ISBN 978 3 503 16550 6

eBook: ISBN 978 3 503 16551 3

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2016

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US-Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin

Druck und Bindung: Strauss, Mörlenbach

Vorwort

I.

Fast jeder hat mindestens einmal im Leben mit dem Nachlassgericht zu tun; meist geht es um den Erbschein nach einem verstorbenen Angehörigen. Jährlich gibt es in der Bundesrepublik Deutschland bei einer Bevölkerung von rund 82 Millionen Einwohnern etwa 840.000 Sterbefälle. Das führt zu mehreren hunderttausend Verfahren jährlich bei den Nachlassgerichten, meist sind es Erbscheinsverfahren.

Im vorliegenden Buch sind das materielle Erbscheinsrecht (BGB) und das Verfahrensrecht (FamFG) praxisnah dargestellt; Streitfragen, die seit vielen Jahren durch die Rechtsprechung geklärt sind, sind daher nicht mehr vertieft worden. Besonderes Gewicht habe ich auf Kostenfragen gelegt, weil der Erbscheinsantragsteller hier manchmal sparen kann. Nachgewiesen wird vorwiegend die Rechtsprechung.

Bei einem Ausländeranteil von 8,8 % wird der Bezug zum ausländischen Erbrecht immer häufiger, Erbscheinsfragen nach dem Tod eines Ausländers sind daher ebenfalls ausführlich einbezogen; hierbei ist die EuErbVO bedeutsam.

II.

Für Erbfälle ab dem 17.8.2015 hat sich das Erbrecht bezüglich des anwendbaren Rechts und der Zuständigkeit geändert. Es kann ein Europäisches Nachlasszeugnis beantragt und erteilt werden; das ist in Kapitel Q dargestellt. Für solche Erbfälle gilt das IntErbRVG; in Zusammenhang damit wurden 20 Gesetze, vor allem Bestimmungen aus dem BGB, geändert und ins FamFG verschoben.

Eine Gegenüberstellung:

- § 2354 BGB aufgehoben, neu § 352 I FamFG.
- § 2355 BGB aufgehoben, neu § 352 II FamFG.
- § 2356 I, II BGB aufgehoben, neu § 352 III FamFG.
- § 2356 III BGB gestrichen.
- § 2357 BGB aufgehoben, neu § 352a FamFG.
- § 2358 I BGB ersatzlos aufgehoben; vgl. § 26 FamFG.
- § 2358 II BGB jetzt in § 352d FamFG geregelt.
- § 2359 BGB aufgehoben, nun in § 352e I 1 FamFG.
- § 2361 II BGB aufgehoben, neu in § 353 I FamFG.

- § 2361 III BGB aufgehoben, vgl. § 26 FamFG.
- § 2363 I BGB aufgehoben, jetzt § 352b I FamFG.
- § 2363 II BGB, jetzt § 2363 n.F. BGB.
- § 2364 I BGB aufgehoben, jetzt § 352b II FamFG.
- § 2364 II BGB aufgehoben, jetzt § 2363 n.F. BGB.
- § 2368 BGB neu gefasst, teils jetzt in § 354 II FamFG.
- § 2369 BGB aufgehoben, jetzt § 352c FamFG.

Passau, im September 2015

Walter Zimmermann

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	23
A. Wesen und Zweck des Erbscheins	27
1. Der Erbschein	27
1.1 Der Erbschein als Bescheinigung	27
1.2 Der Erbschein als Urkunde	27
1.3 Zweck des Erbscheins	28
2. Geschichtliche Entwicklung	29
B. Wann ist ein Erbschein erforderlich bzw. entbehrlich?	31
1. Nachweis der Erbfolge durch Erbschein	31
2. Nachweis der Erbfolge durch Feststellungsurteil	32
3. Andere Nachweisformen	33
3.1 Verfügung von Todes wegen in öffentlicher Form	33
3.1.1 Grundbuchverfahren	33
3.1.2 Handelsregister	36
3.1.3 Hinterlegungsstelle	36
3.2 Aktenvermerk über amtliche Erbenfeststellung	36
3.3 Feststellungsbeschluss nach § 1964 BGB	37
3.4 Informelle Erbnachweise	37
3.4.1 Banken und Sparkassen	37
3.4.2 Lebensversicherung	38
4. Tätigwerden anderweitig legitimierter Personen	38
4.1 Vollmacht über den Tod hinaus	38
4.2 Tätigkeit des Betreuers nach dem Tod des Betreuten	38
4.3 Befugnisse des Nachlasspflegers	39
4.4 Eilanordnung des Nachlassgerichts nach § 1846 BGB	39
4.5 Testamentsvollstreckerzeugnis	40
4.5.1 Entbehrlichkeit des Erbscheins	40
4.5.2 Erforderlichkeit des Erbscheins	41
4.5.3 Zweckmäßigkeit des Erbscheins	41
C. Der Erbscheinsantrag	43
1. Grundlagen	43
1.1 Form und Frist des Antrags	43
1.2 Stellvertretung	44
1.3 Antragsrecht Dritter	45

2.	Antragsberechtigte	45
2.1	Erbe, Vorerbe.	45
2.2	Miterben.	46
2.3	Minderjährige Erben.	47
2.4	Unter Betreuung stehende Erben	47
2.5	Nacherbe	47
2.6	Erbe des Nacherben	48
2.7	Erwerber des Anwartschaftsrechts des Nacherben	48
2.8	Fiskus, Finanzamt	49
2.9	Nachlassgläubiger	49
2.10	Nachlasspfleger	50
2.10.1	Erbschein für die Erben, die der Nachlasspfleger ermitteln soll	50
2.10.2	Erbschein für eine dem Erblasser noch angefallene Erbschaft	50
2.11	Abwesenheitspfleger	51
2.12	Auseinandersetzungspfleger	52
2.13	Testamentsvollstrecker	52
2.14	Erbe des Erben	53
2.15	Verschollene	53
2.16	Erbteilserwerber	53
2.17	Erbschaftskäufer	54
2.18	Erbschaftsbesitzer	55
2.19	Insolvenzverwalter	55
3.	Adressat des Antrags	55
4.	Wer hat kein Antragsrecht?	55
5.	Verzicht auf das Antragsrecht	56
6.	Rücknahme des Antrags	56
7.	Wiederholung des Antrags	57
8.	Amtspflichten des Notars bei Aufnahme des Antrags	57
9.	Amtspflichten des Gerichts bei Aufnahme des Antrags	58
10.	Inhalt des Antrags	59
10.1	Bestimmter Antrag; quotenlose Erbscheine	59
10.2	Unzulässige Anträge	61
10.3	Hauptantrag, Hilfsantrag; alternative Anträge	61
10.4	Bedingter Antrag	62
10.5	Rechtsschutzbedürfnis	62
10.6	Eröffnung der Verfügung von Todes wegen	63
10.7	Annahme der Erbschaft	64
11.	Erforderliche Angaben des gesetzlichen Erben zur Begründung des Antrags	64
11.1	Angaben nach § 352 I FamFG	64
11.2	Sonstige Angaben	68
11.3	Folgen eines Mangels	69

11.4	Beispiel: Antrag zu Protokoll des Notars	69
12.	Erforderliche Angaben des gewillkürten Erben zur Begründung des Antrags	72
12.1	Was ist anzugeben?	72
12.2	Beispiel: Antrag zu Protokoll des Nachlassgerichts	73
13.	Nachweise, beizufügende Urkunden	75
13.1	Nachweis durch öffentliche Urkunden	76
13.1.1	Personenstandswesen	77
13.1.2	Personenstandsunterlagen im allgemeinen	77
13.1.3	Familienstammbuch	78
13.1.4	Geburtsurkunden, Nachweis der Geburt	79
13.1.5	Sterbeurkunden, Nachweis des Todes	79
13.1.6	Heiratsurkunde, Nachweis der Ehe, der Scheidung	80
13.1.7	Beweis negativer Tatsachen	81
13.2	Ausländische öffentliche Urkunden	81
13.3	Beweis durch Bezugnahme auf andere Akten	83
13.4	Hilfweise Nachweis durch andere Beweismittel	83
13.5	Vorlage des Testaments oder Erbvertrags bei gewillkürter Erbfolge	85
13.6	Hilfweise Nachweis der Testamentserrichtung durch andere Beweismittel	85
14.	Nachweis durch eidesstattliche Versicherung	85
14.1	Zur eidesstattlichen Versicherung verpflichtete Personen ...	86
14.2	Form der Beurkundung der eidesstattlichen Versicherung ...	87
14.3	Inhalt der eidesstattlichen Versicherung	88
14.4	Erllass der eidesstattlichen Versicherung durch das Nachlassgericht	89
14.5	Zahl der erforderlichen eidesstattlichen Versicherungen bei Miterben	92
14.6	Insbesondere: Nachweis des Güterstandes des Erblassers ...	92
14.6.1	Inlandsfälle	92
14.6.2	Auslandsbezug, DDR	93
15.	Kein Nachweis erforderlich bei offenkundigen Tatsachen ...	93
D.	Zuständiges Gericht	95
1.	Amtsgericht, Notariat, Landwirtschaftsgericht	95
1.1	Amtsgericht	95
1.2	Baden-Württemberg	95
1.3	Landwirtschaftsgericht	96
2.	Örtliche Zuständigkeit	97
2.1	Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts	98
2.2	Doppelter gewöhnlicher Aufenthalt	100
2.3	Wenn ein inländischer Aufenthalt des Erblassers fehlt ...	101
2.4	Deutsche ohne Aufenthalt in Deutschland	101

2.5	Ausländer ohne Aufenthalt in Deutschland	101
2.6	Am Aufenthaltsort keine deutsche Gerichtsbarkeit mehr	102
2.6.1	Vom Zuständigkeitsergänzungsgesetz erfasste Gebiete	102
2.6.2	Ort des Nachlasses im Sinne des Zuständigkeits- ergänzungsgesetzes	103
2.7	DDR-Erbfälle vor dem 3. 10. 1990	103
2.8	Änderung der Gerichtsbezirke	103
2.9	Zuständigkeitsstreit der Gerichte	103
3.	Sachliche Zuständigkeit bei großem Nachlass.	103
4.	Zuständigkeit von Richter oder Rechtspfleger	104
5.	Internationale Zuständigkeit	105
5.1	Staatsverträge	105
5.2	Erbscheinsantragstellung nach FGG	106
5.3	Zuständigkeit nach dem FamFG	106
5.4	Zuständigkeit nach der EuErbVO	106
5.5	Anwendbares Recht in Altfällen	108
5.5.1	Deutsche Staatsangehörige	108
5.5.2	Doppelte Staatsangehörigkeit	108
5.5.3	Ausländische Staatsangehörige	109
5.6	Anwendbares Recht unter Geltung der EuErbVO	109
5.6.1	Gewöhnlicher Aufenthalt	109
5.6.2	Erste Ausnahme: Besondere Umstände	110
5.6.3	Zweite Ausnahme: Rechtswahl	110
E.	Verfahren des Nachlassgerichts	113
1.	Erbenermittlung bei Vorliegen eines Erbscheinsantrags	113
1.1	Grundsatz: Amtsermittlung	113
1.2	Umfang der Ermittlungspflicht	113
1.3	Zuständigkeit von Richter oder Rechtspfleger?	114
1.4	Abhängigkeit der Ermittlungen von einem Kosten- vorschuss?	115
1.5	Bindungen des Nachlassgerichts	115
1.5.1	Selbstbindung, Bindung bei Zurückverweisung	115
1.5.2	Bindung an Zivilurteile	116
1.5.3	Bindung an andere FamFG – Entscheidungen	117
1.5.4	Bindung an sonstige Entscheidungen	117
1.5.5	Bindung an eine Einigung der Beteiligten?	118
1.6	Schiedsklauseln	119
1.7	Benutzung der vom Antragsteller angegebenen Beweismittel	119
1.8	Verfahrensart, Aussetzung des Verfahrens	120
1.9	Ermittlungen, Beweiserhebungen	121
1.9.1	Beweiserhebung durch Aktenbeiziehung	121
1.9.2	Beweiserhebung durch Einholung von Auskünften	122

1.9.3	Beweiserhebung durch Urkundsbeweis	122
1.9.4	Beweiserhebung durch Zeugenvernehmung	122
1.9.5	Beweiserhebung durch Einholung eines Sachverständigen- gutachtens.	122
1.9.6	Beweiserhebung durch förmliche Beteiligtenvernehmung.	123
1.9.7	Beweiserhebung durch eidesstattliche Versicherung.	123
1.9.8	Beweiserhebung durch Augenschein	123
1.9.9	Beweiserhebung durch sonstige Beweismittel (Freibeweis).	123
1.10	Bedeutung ausländischer Erbscheinsverfahren	124
2.	Einzelheiten zu ermittlungsbedürftigen Punkten	125
2.1	Örtliche Zuständigkeit des Nachlassgerichts.	125
2.2	Tod des Erblassers.	125
2.3	Nachweis des Todes anderer Beteiligter.	125
2.4	Genauer Zeitpunkt des Todes des Erblassers	126
2.5	Staatsangehörigkeit bzw. gewöhnlicher Aufenthalt des Erblassers.	127
2.6	Familienstand und Verwandtschaftsverhältnisse des Erblassers.	128
2.7	Güterstand des Erblassers	128
2.8	Existenz eines Testaments	129
2.9	Testierfähigkeit des Erblassers.	131
2.10	Fälschung des Testaments	134
2.11	Verschwundenes Testament	135
2.12	Vermögen im Ausland	136
2.13	Wert des Nachlasses	137
2.14	Ist ein Hof Nachlassbestandteil?.	139
2.15	Nachweis der Annahme der Erbschaft	140
2.16	Unrichtige eidesstattliche Versicherung	141
2.17	Ermittlung ausländischen Rechts	141
2.18	Fremdsprachiges Testament	142
3.	Ausgewählte Rechtsfragen	143
3.1	Auslegung des Testaments	143
3.2	Anfechtung des Testaments	143
3.3	Ausschlagung, Erbverzicht	144
3.4	Erbunwürdigkeit.	144
4.	Bestellung eines Nachlasspflegers	144
5.	Beteiligte des Erbscheinsverfahrens	145
5.1	Regelung im FamFG	145
5.2	Beteiligtermittlungspflicht des Nachlassgerichts.	147
5.3	Belehrungspflicht.	148
5.4	Beteiligungsantrag	148
5.5	Ablehnung der Beteiligung	149
6.	Das Erbenaufgebot nach § 352d FamFG.	149
6.1	Voraussetzungen	150

6.2	Verfahren	151
6.3	Beispiel eines Erbenaufgebots	152
6.4	Folgen des Erbenaufgebots	153
7.	Erbenermittlung, wenn kein Erbscheinsantrag gestellt wird. .	153
7.1	Erbenermittlungspflicht des Nachlassgerichts?	153
7.2	Ersuchen des Grundbuchamts.	154
7.3	Verhältnis zur Feststellung des Fiskus-Erbrechts	155
7.4	Verhältnis zum Erben-Aufgebot nach § 352d FamFG.	155
7.5	Sonderregelung in Bayern	155
7.6	Sonderregelung in Baden-Württemberg	157
F.	Der Vergleich im Erbscheinsverfahren	159
1.	Vereinbarung des Erbscheinsinhalts	159
1.1	Grundsätze.	159
1.2	Tricks	160
1.3	Praxis	160
2.	Auslegungsvertrag.	160
3.	Erbteilsübertragung.	161
4.	Sonstige Vereinbarungen	162
4.1	Ausschlagung der Erbschaft	162
4.2	Anerkennung eines anfechtbaren Testaments	162
4.3	Verzicht auf den Erbscheinsantrag, Rücknahme.	163
4.4	Rücknahme von Rechtsmitteln, Rechtsmittelverzicht	163
4.5	Verzicht auf den Einziehungsantrag, Rücknahme	164
4.6	Vergleich über Kosten	164
5.	Vertrag über verfahrensrechtliche Erklärungen und Abfindungszahlung.	164
6.	Zwangsvollstreckung aus dem Vergleich zu Protokoll des Nachlassgerichts	165
G.	Die Entscheidung des Nachlassgerichts	167
1.	Allgemeines	167
1.1	Maßgeblicher Zeitpunkt.	167
1.2	Überzeugung des Nachlassgerichts.	168
1.3	Beweislast, Feststellungslast.	169
2.	Unstreitige Fälle	171
2.1	Strenge Bindung an den Antrag	171
2.2	Erteilung trotz Existenz eines anderslautenden Erbscheins?..	173
2.3	Erteilung trotz Zivilprozess über das Erbrecht.	174
2.4	Feststellungsbeschluss	174
2.5	Verbindung Feststellungsbeschluss und Zurückweisung eines Antrags	176
2.6	Begleitverfügung	176
2.7	Vollzug der Erteilungsanordnung durch Erteilung.	180

2.7.1	Abhängigmachung der Erteilung	181
2.7.2	Sichernde Maßnahmen, einstweiliger Rechtsschutz	181
2.7.3	Begriff der Erteilung	181
2.7.4	Zahl der Ausfertigungen	184
2.8	Mitteilungen	184
3.	Zwischenverfügung	184
4.	Zurückweisung des Antrags	185
5.	Strittige Fälle: Feststellungsbeschluss mit Aussetzung des Vollzugs	187
5.1	Voraussetzungen	187
5.2	Beschlussmuster	188
5.3	Beteiligte, Widerspruch eines Beteiligten	189
5.4	Zustellung des Feststellungsbeschlusses	191
5.5	Rechtskraft des Feststellungsbeschlusses	191
5.6	Erteilung des Erbscheins unter Verstoß gegen das Zurückstellungsgebot	192
6.	Mehrere Anträge, gemischte Entscheidungen	193
7.	Kostenentscheidung des Nachlassgerichts	193
7.1	Allgemeines	193
7.2	Entscheidungskompetenzen des Nachlassgerichts	194
7.3	Anordnung der Nichterhebung von Kosten	195
7.4	Anordnung der Kostenerstattung	195
7.5	Welche Kosten sind erstattungsfähig?	198
7.5.1	Verlagerung des Streits ins Kostenfestsetzungsverfahren	198
7.5.2	Vorverlagerung durch eigene Entscheidung des Gerichts	200
H.	Voraussetzungen und Inhalt einzelner Erbscheinsarten ...	201
1.	Der Inhalt im Allgemeinen	201
1.1	Zeugnis nach § 2353 BGB	201
1.2	Beschränkte Aussagekraft des Erbscheins	201
1.3	Unzulässiger Inhalt	202
1.4	Eigenrechtserbschein – Fremdrechtserbschein	203
2.	Erbschein für Alleinerben	205
3.	Erbschein für Miterben	205
4.	Teilerbschein	207
4.1	Einzelne Miterben stellen einen Antrag	208
4.2	Unbestimmtheit von Erbteilen	208
4.3	Nachlassspaltung (DDR)	209
4.4	Lastenausgleich	209
5.	Erbschein für den Vorerben mit Nacherbenvermerk	210
5.1	Wesen der Vor- und Nacherbschaft	210
5.2	Der Erbscheinsantrag des Vorerben	210
5.3	Prüfungsbefugnisse des Nachlassgerichts	211
5.4	Inhalt des Erbscheins für den Vorerben	211

5.4.1	Inhalt im Regelfall.	211
5.4.2	Zusätzlicher Inhalt in Sonderfällen.	213
5.4.3	Kein zusätzlicher Inhalt.	216
5.4.4	Auslandsfälle.	216
5.4.5	Entfallen des Nacherbenvermerks.	216
5.4.6	Verzicht des Nacherben auf den Vermerk.	217
5.4.7	Kosten des Erbscheins des Vorerben.	217
5.5	Folgen bei einem mangelhaften Inhalt.	217
5.6	Zeugniswirkungen des Vorerben-Erbscheins.	217
5.7	Beschwerde.	218
5.8	Folgen des Eintritts der Nacherbfolge.	218
5.8.1	Inhalt des Erbscheins für den Nacherben.	218
5.8.2	Nachträglicher Erbschein für den Vorerben?	218
5.8.3	Einziehung des dem Vorerben erteilten Erbscheins?	219
6.	Der Erbschein für den Nacherben.	220
7.	Der Erbschein mit Testamentsvollstreckervermerk.	222
7.1	Inhalt des Vermerks.	222
7.1.1	Regelfall.	222
7.1.2	Zusätzliche Angaben im Testamentsvollstrecker-Vermerk. ...	223
7.1.3	Kein Vermerk im Erbschein trotz Testamentsvollstreckung..	223
7.2	Berücksichtigung von nachträglichen Veränderungen im Erbschein.	224
7.2.1	Erbschein ist schon erteilt.	224
7.2.2	Erbschein ist noch nicht erteilt.	225
7.2.3	Bedingte/befristete Testamentsvollstrecker-Ernenennung.	226
7.3	Erbscheine mit fehlendem oder unrichtigen Testaments- vollstrecker-Vermerk.	226
7.4	Kosten des Erbscheins mit TV-Vermerk.	226
8.	Erbscheine bei DDR-Bezug.	227
8.1	Welches Recht kommt zur Anwendung?.....	227
8.2	Identische oder differierende Erbfolgen.	228
8.3	Beispiele.	229
9.	Fremdrechtserbschein.	231
9.1	Voraussetzungen des Fremdrechtserbscheins.	233
9.1.1	Annahme der Erbschaft; Antrag.	233
9.1.2	Nachlassgegenstände in Deutschland.	234
9.2	Verfahren.	235
9.3	Inhalt des Fremdrechtserbscheins.	236
9.3.1	Grundfall.	236
9.3.2	Pflichtteil als Noterbrecht.	238
9.3.3	Ausländischer Legalnießbrauch.	239
9.3.4	Ausländische Vermächtnisse.	239
9.3.5	Ausländische Testamentsvollstrecker.	240

9.3.6	Korrektur des ausländischen Erbrechts durch den ordre public	241
9.4	Nachlassspaltung	242
10.	Erbscheine für Teile des Nachlasses	243
11.	Erbschein für bestimmte Zwecke	244
I.	Erbschein und Hoffolgezeugnis	245
1.	Allgemeines	245
2.	Erbschein – Hoffolgezeugnis	246
2.1	Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein	246
2.1.1	Zuständigkeit	246
2.1.2	Verfahren	246
2.1.3	Entscheidung	247
2.1.4	Beispiele	247
2.2	Ehem. Südbaden; Bremen; Rheinland-Pfalz; Hessen.	248
J.	Die Berichtigung und Ergänzung von Erbscheinen	249
1.	Allgemeines	249
1.1	Übersicht	249
1.2	Rechtsgrundlagen	249
1.3	Unterschiede Einziehung – Berichtigung	250
2.	Unrichtigkeit gesetzlich nicht vorgeschriebener Angaben	250
2.1	Unrichtiger Berufungsgrund	251
2.2	Angabe einer Begründung, der Nachlassgegenstände, des Wertes	252
2.3	Falsche Angaben über das Verwandtschaftsverhältnis	252
2.4	Unstatthafte Angabe des Namens des Testamentsvollstreckers	252
2.5	Angabe eines Veräußerungsverbots	253
2.6	Keine Ergänzung um gesetzlich nicht vorgeschriebene Angaben	253
3.	Unrichtigkeit gesetzlich vorgeschriebener Angaben	253
3.1	Schreibfehler, Rechenfehler, Offenbare Unrichtigkeiten	254
3.2	Wiedervereinigung	254
3.3	Mindestteilerbschein, Erbschein ohne Erbquoten	254
3.4	Nacherbenbezeichnung	255
3.5	Fremdrechtserbscheine	255
3.6	Kostenvermerke	255
K.	Die Einziehung und Kraftloserklärung des Erbscheins	257
1.	Grundlagen	257
2.	Begriff der Unrichtigkeit	258
2.1	Inhaltliche Unrichtigkeit	259

2.1.1	Unrichtigkeit von Anfang an	259
2.1.2	Unrichtigkeit infolge anderer Testamentsauslegung	259
2.1.3	Unrichtigkeit infolge späterer tatsächlicher Entwicklungen ..	260
2.1.4	Sonderfall Deutsche Wiedervereinigung	261
2.1.4.1	Erbscheine der Staatlichen Notariate der DDR	261
2.1.4.2	Westdeutsche Erbscheine	262
2.1.5	Unverständlichkeit, Widersprüchlichkeit	263
2.1.6	Beispiele für Unrichtigkeit	264
2.1.6.1	Fallgruppe §§ 2353 ff. BGB	264
2.1.6.2	Fallgruppe Vorerbschaft – Nacherbschaft (§ 352b I FamFG)	264
2.1.6.3	Fallgruppe Testamentsvollstreckung (§ 2368 BGB; § 354 II FamFG)	266
2.1.6.4	Fallgruppe Fremdrechterschein	267
2.1.6.5	Sonstige Fälle	268
2.2	Formelle Unrichtigkeit	268
2.2.1	Erteilung durch ein örtlich unzuständiges Nachlassgericht. . .	268
2.2.2	Erteilung durch ein sachlich unzuständiges Gericht	269
2.2.3	Erteilung durch eine unzuständige Person	269
2.2.4	Erbscheinserteilung ohne Antrag	270
2.2.5	Unrichtiger Berufungsgrund	271
2.2.6	Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis	271
2.2.7	Erbschein ohne erforderlichen Geltungsvermerk	271
2.2.8	Sonstige Verfahrensfehler	272
2.3	Trotz Unrichtigkeit keine Einziehung	272
3.	Einziehungsverfahren	273
3.1	Zuständiges Gericht	273
3.2	Einziehung von Amts wegen oder auf Antrag	275
3.3	Verhältnis Einziehungsantrag – Beschwerde	276
3.4	Verzicht auf das „Antragsrecht“	277
3.5	Umfang der Ermittlungen	277
3.6	Zeuge – Beteiligter	278
3.7	Vorläufige Einziehung, einstweilige Rückgabe; Sicherungsmaßnahmen	279
3.8	Die Rückgabe des Erbscheins ohne Einziehung	280
3.9	Bindung an frühere Entscheidungen	281
3.10	Entscheidung des Nachlassgerichts	281
4.	Durchführung der Einziehung	282
5.	Kraftloserklärung	283
6.	Der Anspruch des wirklichen Erben auf Herausgabe des unrichtigen Erbscheins	284
6.1	Klage im Zivilprozess	284
6.2	Auskunftsanspruch	285

6.3	Anspruch des Nacherben	285
6.4	Anspruch des Testamentsvollstreckers	286
L.	Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Nachlassgerichts	287
1.	Allgemeines	287
1.1	Teilanfechtung	287
1.2	Mehrere Beschwerden	287
1.3	Auslegung, Umdeutung	287
1.4	Erinnerung	289
1.5	Abhilfe	289
1.6	Rechtsmittelverzicht	289
1.7	Keine aufschiebende Wirkung der Beschwerde	289
1.8	Rechtsmittelbelehrung	290
2.	Statthaftigkeit der Beschwerde	290
2.1	Vorliegen einer Endentscheidung erster Instanz	290
2.2	Entbehrlichkeit einer Endentscheidung erster Instanz	291
2.3	Abhilfe oder Nichtabhilfebeschluss als Erstentscheidung	291
2.4	Beispiele für anfechtbare Entscheidungen	293
2.5	Beispiele für nicht anfechtbare Entscheidungen	293
2.5.1	Vollzug des Erbscheins-Erteilungsbeschlusses	294
2.5.2	Erteilter Erbschein	294
2.5.3	Hoffolgezeugnis	295
2.5.4	Vollzug des Einziehungsbeschlusses	295
2.5.5	Vollzogene Kraftloserklärung	295
3.	Zulässigkeit der Beschwerde	295
3.1	Einlegung der Beschwerde	295
3.2	Form der Beschwerde; kein Anwaltszwang	295
3.3	Beschwerde von Vertretern, Vollmacht	296
3.4	Frist der Beschwerde, Wiedereinsetzung bei Fristversäumung	296
3.5	Verwirkung	297
3.6	Wertgrenzen	297
3.7	Zulassung der Beschwerde	298
3.8	Rechtsschutzbedürfnis	298
3.9	Entgegenstehender Erbschein; ausländisches Nachlassverfahren; ENZ	298
3.10	Wiederholung der Beschwerde	298
3.11	Beschwerdeberechtigung	299
3.11.1	Allgemeines	299
3.11.2	Zusätzliche Voraussetzungen im Antragsverfahren	301
4.	Das Verfahren des Beschwerdegerichts	301
4.1	Gerichtsbesetzung	301
4.2	Beteiligte des Beschwerdeverfahrens	302

4.3	Einstweilige Anordnungen des OLG.....	302
4.4	Neue Beweismittel, verspätetes Vorbringen, Verschlechterung.....	302
4.5	Aktenverfahren, mündliche Verhandlung.....	303
4.6	Bindung des Beschwerdegerichts.....	303
4.7	Umfang der Prüfung durch das Beschwerdegericht.....	304
5.	Die Entscheidung des Beschwerdegerichts.....	305
5.1	Die Entscheidung.....	305
5.1.1	Entscheidung in der Hauptsache.....	305
5.1.2	Kostenentscheidung des Beschwerdegerichts.....	308
5.1.3	Gründe.....	309
5.2	Sonstige Erledigung des Beschwerdeverfahrens.....	310
5.3	Geschäftswert des Beschwerdeverfahrens.....	310
5.3.1	Allgemeines.....	310
5.3.2	Mehrere Beschwerden.....	311
5.3.3	Einzelfälle zum Geschäftswert.....	311
5.4	Gerichtskosten.....	314
6.	Besonderheiten bei Ablehnung der Einziehung des Erbscheins.....	315
7.	Besonderheiten bei der Anordnung der Einziehung eines Erbscheins.....	316
7.1	Einziehung des Erbscheins ist noch nicht erfolgt.....	316
7.2	Einziehung des Erbscheins ist bereits erfolgt.....	316
7.3	Beschwerdeberechtigung.....	317
8.	Besonderheiten bei der Beschwerde gegen die Kraftloserklärung.....	319
8.1	Bereits öffentlich bekannt gemachte Kraftloserklärung.....	319
8.2	Noch nicht öffentlich bekannt gemachte Kraftloserklärung..	319
9.	Beschwerde gegen die Kostenentscheidung des Nachlassgerichts.....	320
10.	Beschwerde gegen die Versagung von Verfahrens- kostenkostenhilfe (VKH).....	320
M.	Rechtsmittel gegen die Entscheidung des OLG.....	321
1.	Rechtsbeschwerde gegen die Hauptsacheentscheidung des OLG.....	321
2.	Rechtsmittel gegen die Kostenentscheidung des OLG.....	322
3.	Rechtsmittel gegen die Zurückweisung der Geschäftswert-Beschwerde.....	322
4.	Rechtsmittel gegen die Festsetzung des Geschäftswerts des Beschwerdeverfahrens.....	323
5.	Rechtsmittel gegen eine Entscheidung des OLG als Gericht erster Instanz.....	323
6.	Festsetzung des Geschäftswerts der Rechtsbeschwerde.....	323

7.	Gerichtsgebühren der Rechtsbeschwerde	323
8.	Verfassungsbeschwerde.....	324
N.	Kosten im Erbscheinsverfahren	325
1.	Gerichtskosten.....	325
1.1	Die Gebühr für die Eröffnung des Testaments.....	325
1.2	Die Gebühr für die eidesstattliche Versicherung	325
1.2.1	Gebühr bei Abgabe der Versicherung bei Gericht.....	326
1.2.2	Erlass der eidesstattliche Versicherung.....	326
1.2.3	Beurkundung der eidesstattlichen Versicherung durch den Notar	327
1.3	Die Kosten des Erbscheins	328
1.3.1	Die Gebühr für das Erbscheinsverfahren	328
1.3.2	Die Höhe der Gerichtsgebühr.....	329
1.3.3	Die Auslagen des Gerichts für den Erbschein	329
1.4	Der Gebührentatbestand	330
1.4.1	Gebührentatbestand bei der Eröffnung der letztwilligen Verfügung.....	330
1.4.2	Gebührentatbestand bei der Beurkundung von Antrag und eidesstattlicher Versicherung	330
1.4.3	Gebührentatbestand beim Erbscheinsverfahren	330
1.5	Kostenschuldner	331
1.6	Kosten bei Antragsrücknahme	331
1.7	Kosten bei Antragszurückweisung.....	332
1.8	Kosten bei Hilfsanträgen	332
1.9	Kosten bei Erbscheinseinziehung	333
1.10	Gebühr für den zweiten Erbschein nach Einziehung des ersten	333
1.11	Kosten bei Kraftloserklärung	334
1.12	Nichterhebung der Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung.....	334
2.	Der Geschäftswert	334
2.1	Maßgeblicher Zeitpunkt für die Bewertung	334
2.2	Allgemeiner Bewertungsgrundsatz	336
2.2.1	Aktiva.....	337
2.2.2	Passiva.....	341
2.3	Besonderheiten bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	342
2.4	Gegenständlicher beschränkter Erbschein (§ 352c FamFG) ..	347
2.5	Erbschein nur für Grundbuchzwecke oder nur für Schiffe ..	347
2.6	Erbscheine für bestimmte Zwecke oder Personen	347
2.7	Gebührennacherhebung bei überschießender Verwendung?..	349
3.	Die Festsetzung des Geschäftswerts.....	349
3.1	Beschwerde gegen die Festsetzung des Geschäftswerts.....	349

3.2	Verfahrensfragen, Entscheidung, Rechtsmittel	350
4.	Einzelfragen zu den Gerichtskosten	351
4.1	Erbscheinserteilung nur nach Vorschusszahlung?	351
4.2	Zinsen	352
4.3	Europarechtliche Bedenken gegen die Höhe der Gebühren?	353
4.4	Erbschein und Grundbuchgebührenermäßigung	353
4.5	Angriff gegen die Kostenrechnung	353
4.6	Verjährung der Gerichtskosten	354
5.	Anwaltskosten	354
5.1	Vertretung vor dem Nachlassgericht	354
5.2	Vertretung vor dem OLG	355
5.3	Vertretung vor dem BGH	356
5.4	Festsetzung der Anwaltskosten gegen den eigenen Mandanten	356
5.5	Kostenerstattung durch den Gegner	357
5.6	Rechtsmittel gegen den Kostenfestsetzungsbeschluss	357
5.7	Beispiel	357
6.	Notarkosten	358
7.	Verfahrenskostenhilfe	359
8.	Erbschaftsteuer	359
O.	Ausländische Erbnachweise	361
1.	Verwendung deutscher Erbscheine im Ausland	361
1.1	Grundstücke	361
1.2	Bankguthaben, Wertpapierdepots	361
2.	Ausländische Erbnachweise: Länderübersicht	362
3.	Die Anerkennung ausländischer Erbnachweise in Deutschland	366
3.1	Grundlagen	366
3.1.1	Gerichtliche Entscheidungen	366
3.1.2	Keine Entscheidungen	366
3.1.3	Keine zivilprozessualen Entscheidungen	367
3.1.4	Wirksamkeit ist Voraussetzung	367
3.2	Ausschluss der Anerkennung	367
3.2.1	Zuständigkeit	367
3.2.2	Fehlende Einlassungsmöglichkeit für einen Beteiligten	368
3.2.3	Kollision mehrerer Entscheidungen	369
3.2.4	Ordre public	369
3.2.5	Gegenseitigkeit	370
3.3	Nachlassgerichtliche Entscheidungen im Allgemeinen	370
3.4	Erbscheine; ENZ	371
3.4.1	Rechtsprechung	372
3.4.2	Meinungen in der Literatur	373
3.5	Bindung an ausländische Verfahrensergebnisse	374

P.	Die Wirkungen des Erbscheins im Rechtsverkehr	375
1.	Legitimation des Erben	375
2.	Die Vermutung der Richtigkeit des Erbscheins	375
2.1	Bedeutung der Vermutung	376
2.2	Voraussetzungen der Vermutung	376
2.3	Umfang der Vermutung	377
2.4	Keine Vermutung	378
2.5	Bindung des Grundbuchamts	379
2.6	Sonstige Bindungswirkungen	380
2.7	Widerlegung der Vermutung	380
2.7.1	Zivilprozess des im Erbschein genannten Erben gegen Dritte	380
2.7.2	Zivilprozess des Erbprätendenten gegen den im Erbschein genannten Erben	381
2.8	Einander widersprechende Erbscheine	382
3.	Der öffentliche Glaube des Erbscheins bei Leistungen des Erben	383
3.1	Regelung	383
3.2	Zweck der Regelung	383
3.3	Voraussetzungen des Schutzes des Erwerbers	384
3.3.1	Im Erbschein bezeichnete Person als Veräußerer	384
3.3.2	Geschützte Zeitspanne	385
3.3.3	Erwerb eines Erbschaftsgegenstandes	385
3.3.4	Redlichkeit des Erwerbers	388
3.4	Umfang des Schutzes	389
3.5	Grundstücke	390
3.6	Erbe des Erbscheinserben	390
3.7	Testamentsvollstreckung, Nacherbschaft	391
3.8	Ausgleichsansprüche	392
4.	Der öffentliche Glaube des Erbscheins bei Leistungen an den Erben	392
4.1	Leistung an den Scheinerben	392
4.2	Verfügungen über Rechte	393
4.2.1	Verfügung	394
4.2.2	Verpflichtungen	394
4.2.3	Entsprechende Anwendung	395
Q.	Das Europäische Nachlasszeugnis	397
1.	Anwendungsbereich; EuErbVO	397
2.	Zweck des ENZ	397
3.	Rechtsnatur des ENZ	398
4.	Wann ist ein ENZ sinnvoll?	398
5.	Verhältnis des ENZ zum Erbschein	398
6.	Beim ENZ anzuwendendes Recht	399

7.	Zuständiges Gericht	400
7.1	Internationale Zuständigkeit	400
7.2	Örtliche Zuständigkeit	402
7.3	Sachliche Zuständigkeit	403
7.4	Funktionelle Zuständigkeit	403
8.	Der Antrag auf Ausstellung des ENZ	403
8.1	Antrag, Sprache, Anwaltszwang	403
8.2	Antragsberechtigung	404
8.3	Antragsinhalt	405
8.4	Rechtsschutzbedürfnis	406
8.5	Eidesstattliche Versicherung	407
9.	Verfahren des Nachlassgerichts	407
9.1	Allgemeines	407
9.2	Prüfung des Antrags	407
9.3	Beteiligte	408
9.4	Verhältnis zum Erbscheinsverfahren	409
10.	Erteilung des ENZ	409
11.	Inhalt des ENZ	411
12.	Wirksamwerden der Entscheidung des Nachlassgerichts	411
13.	Erteilung von beglaubigten Abschriften des ENZ	412
14.	Erteilung weiterer beglaubigter Abschriften des ENZ	412
15.	Gültigkeitsdauer der beglaubigten Abschrift des ENZ	412
16.	Verlängerung der Gültigkeitsfrist eines ENZ	413
17.	Ablehnung der Erteilung eines ENZ	413
18.	Wirkungen des ENZ	414
19.	Aussetzung der Wirkungen des ENZ	416
20.	Berichtigung eines ENZ	416
21.	Widerruf eines ENZ	416
22.	Änderung eines ENZ	417
23.	Rechtsmittel	417
24.	Kosten	418
Anhänge		421
Anhang 1: Gebührentabellen GNotKG		423
Anhang 2: Antrag auf Ausstellung eines ENZ (DurchführungsVO (EU) Nr. 1329/2014 Formblatt IV Anhang 4)		427
Anhang 3: Amtliches Formular für ein ENZ (DurchführungsVO (EU) Nr. 1329/2014 Formblatt V Anhang 5)		445
Literaturverzeichnis		465
Sachverzeichnis		479